Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher:

Schriftleitung: Amt Lützow 3294. * Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Maßzeile und von Mark 1,50 für die vierspaltene Millimeterzeile entgegen. Anzeigenpreise für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 199. [52. Jahrgang.] Sonntag den 24. August 1913. Erste (Abend-)Ausgabe. [52. Jahrgang.] Nr. 199.

Berlin, den 23. August.

Rückblicke.

Von den Reichstagswahlkreisen, in denen Ersatzwahlen vor sich gehen müssen, gehört der längst erledigte in Hamburg 4, bisher vom Abg. Bebel vertreten, zum Besitzstand der sozialdemokratischen Partei, und wenn das ebenfalls erledigte Mandat für Dresden-Neustadt den „Genossen" nicht in gleichem Maße sicher ist, so dürfte es ihnen aller Voraussicht nach doch von neuem anheimfallen. Eine ziemlich heftige Wahlbewegung ist gerade jetzt in Magnit-Pillkallen, wo die Liberalen bestrebt sind, die Konservativen zu verdrängen. In drei süddeutschen Wahlkreisen verteidigt das Zentrum den Mandatsbesitz, den festzustellen ihm wohl für Neumark nach für Landshut besondere Mühe machen dürfte. Etwas größer sind die gegnerischen Minderheiten bisher schon im badischen Wahlkreise Bühl-Rastatt gewesen, wo der unlängst verstorbene Abg. Dr. Lender im Januar 1912 mit 15 886 Stimmen gegen 5217 für den Sozialdemokraten und 4200 für einen nationalliberalen Bewerber gewählt worden war. Immerhin wäre auch dort eine sehr beträchtliche Verschiebung dieses Zahlenverhältnisses erforderlich, um eine Stichwahl in den Bereich der Wahrscheinlichkeit zu rücken.

Neuerdings wurden vier Ersatzwahlen vollzogen. Zwei Mandate büßten die Konservativen ein (Hagenow-Grevesmühlen und Salzwedel-Gardelegen); die Wirtschaftliche Vereinigung hat einen Sitz (Waldeck-Pyrmont) und die Reichspartei ebenfalls ein Mandat (Hilterbog-Zauch-Belzig) hergeben müssen. Salzwedel-Gardelegen fiel an die Nationalliberalen; Hagenow-Grevesmühlen und Waldeck-Pyrmont haben die Fortschrittler und Zauch-Belzig die Sozialdemokraten gewonnen. Besonders die letzten beiden Erfolge in Salzwedel-Gardelegen und Zauch-Belzig haben die Zuversicht der Sieger stark erhöht. Trotzdem läßt sich von allen vier Ergebnissen sagen, daß sie in der Hauptsache nur einer veränderten Parteikonstellation, dem näheren Zusammenrücken der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Linken bei den Wahlen, nicht einem Rückgange auf der anderen Seite zu danken sind. So urteilt die „Leipziger Zeitung", indem sie u. a. darlegt, daß die Konservativen nur in Salzwedel-Gardelegen 665 Stimmen verloren (11 408 : 12 073). Dagegen hatte die Reichspartei in Zauch-Belzig noch 71 Stimmen gewonnen (11 115 : 11 044), sodaß sich der Gesamtverlust der Rechten auf 594 Stimmen stellt. Die liberalen Parteien haben dagegen in Salzwedel-Gardelegen 483 Stimmen gewonnen (10 754 : 10 271), aber in Zauch-Belzig 1270 (7956 : 9226) und in Weilheim 639 (2482 : 3121), zusammen also 1909 Stimmen verloren. Das ergibt ein Weniger von 1426 Stimmen. Die Sozialdemokratie, die in allen bisherigen Nachwahlen ohne Ausnahme zum Teil sehr beträchtliche Verluste erlitten hatte, buchte freilich in Zauch-Belzig zum ersten Male wieder einen Gewinn von 431 Stimmen (13 798 : 13 367). Dafür hat sie aber in Salzwedel-Gardelegen 478 Stimmen (1929 : 2407) und in Weilheim 418 Stimmen (3376 : 3794), zusammen also 896 Stimmen eingebüßt. Dieser Verlust bezifffert sich also auf 485 Stimmen. So hätte sich also das Stimmenverhältnis nicht sonderlich zugunsten der Rechten und zugunsten der Linken verschoben. Auch hinsichtlich des Zentrums zeigte sich in Weilheim die gleiche Tendenz wie bei den bisherigen Ersatzwahlen. Es verlor 3188 Stimmen (11 394 : 14 582), während der Bayerische Bauernbund 3472 (5081 : 1609) gewann.

* * *

Unter sehr starker Beteiligung hat im Verlauf der Woche die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Metz stattgefunden; das Programm wies im allgemeinen wiederum die Gegenstände auf, mit denen sich diese Versammlungen zu beschäftigen pflegen. Einen Gegenstand, der das Interesse auch der Draußenstehenden fesseln konnte, bildete die Behandlung des Gewerkschaftsstreits. Hier legte eine Rede des Fürsten zu Löwenstein die päpstliche Enzyklika vom 24. September v. J. als Richtschnur fest. Diese Kundgebung aber ordne an, daß, nachdem katholischen Arbeitern gestattet worden sei, unter gewissen Vorsichtsmaßregeln den christlichen Gewerkschaften beizutreten, also zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage mit Nichtkatholiken zusammenzuwirken, der Streit hierüber ruhen solle. Entstanden Schwierigkeiten, so habe man die Bischöfe zu Rate zu ziehen, die sich mit Rom darüber ins Einvernehmen setzen würden.

Es konnte allerdings nicht ausbleiben, daß dann bei der Erörterung sozialpolitischer Dinge auch solche gestreift wurden, die den jetzt abgewehrten Streitpunkten ziemlich nahe rückten. So geschah es in der Diskussion über einen Antrag, der sich mit der Fürsorge für Zuziehende befaßte. Hier erklärte der Abg. Giesberts, daß die Zu- und Abwanderung, wie sie sich in Deutschland entwickelt habe, eine unausgesetzte Blutabzapfung für den deutschen Katholizismus bedeute. Es gingen jährlich Zehntausende verloren, und seine ganze Stellung im öffentlichen und sozialen Leben werde gefährdet, wenn man dieser stetigen und langsamen Blutabzapfung nicht entschieden und erfolgreich entgegenwirke. Es sei zu verhindern, daß katholische Arbeiter in die sogenannten neutralen Gewerkschaften eintreten. Denn diese neutralen Gewerkschaften wären infolge ihres engen Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie sozialistische Vereine, und die Arbeiter würden in ihnen zu zielbewußten Sozialdemokraten gemacht. Der nächste Redner, Präses Mayer aus München, erblickte bei der Abwanderung ein lebhaftes Interesse für die katholische Kirche auf dem Spiele stehend. Die Arbeiter müßten erfahren, was die gewerkschaftlichen Organisationen für sie sind. Jeder Katholik müsse wissen, daß er gegen sein Gewissen handele, wenn er sich einer sozialdemokratischen Organisation anschließe, und die katholischen Arbeiter seien hinzuweisen auf die christlichen Organisationen. Das sage er, der Redner, als Seelsorger, weil die Geistlichen allein die Leute nicht festhalten könnten. Selbstverständlich müßten die Leute auch für den katholischen Arbeiterverein gewonnen werden, aber man habe auch an die gewerkschaftliche Organisationsform zu denken. Denn wenn die Leute die gewerkschaftliche Organisation nicht im Rücken hätten, sei ihnen keine Arbeit zu verschaffen, und dann könne man sie auch nicht mehr von den sozialdemokratischen Gewerkschaften fernhalten. Der Vizepräsident Dr. Trunk erklärte hierauf, der Redner habe eben eine Aeußerung getan, dahingehend, wie man sich organisieren solle. Er bemerke ausdrücklich, daß Präses Mayer dies nur von seinem persönlichen Standpunkt als Seelsorger getan habe, und er möchte die folgenden Redner bitten, über die Frage, wie zu organisieren sei, nichts mehr zu sagen. Jedenfalls wurde im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein solcher Hinweis der Geschäftsleitung, soviel aus den Berichten zu ersehen ist, nicht wieder erforderlich.

* * *

Während der letzten Tage erschien in Form von stückweisen Beigaben zum „Vorwärts" der Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für den Parteitag in Jena. Zum Schluß der breit gehaltenen Darlegung werden auch die Gegensätze innerhalb der Fraktion bei Beratung des Wehrbeitrages und des Besitzsteuergesetzes erörtert. Hiernach wurde von einer Gruppe der Fraktion die Ansicht vertreten, daß man für den Wehrbeitrag und für das Besitzsteuergesetz stimmen müsse. Der Wehrbeitrag sei in seinem innersten Wesen eine auf drei Jahre beschlossene direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, also die — wenn auch nicht genügende — Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung. Aehnlich sei es mit dem Besitzsteuergesetz. Zwar sei der Weg der Vermögenszuwachssteuer ebenfalls mangelhaft, aber trotz aller Verschleierungen und trotz vieler Unzulänglichkeiten enthalte auch das Besitzsteuergesetz ganz unverkennbar die Anfänge zur direkten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Im Programm forderte die Partei aber gerade diese Steuern. Dagegen stehe nicht im Programm, daß der Verwendungszweck der Steuern für ihre Annahme oder Ablehnung entscheidend sein müsse. Man würde es deshalb im Lande nicht verstehen, daß die sozialdemokratische Fraktion direkte Reichssteuern abgelehnt habe, als sie zum ersten Male in der Lage gewesen sei, sie mit ihren Stimmen durchzusetzen. Dadurch werde auch die Agitation sehr erschwert werden, denn bei der Bekämpfung neuer indirekt. Steuern hätte die Partei bisher stets die Einführung direkter Steuern verlangt. Ferner zwinge die unmittelbare Situation im Reichstage zur Annahme der Gesetze. „Wenn auch der Wehrbeitrag", so legt der Bericht die damals kundgegebene Ansicht dieser Gruppe weiter dar, „vielleicht trotz unserer Stimmen angenommen werden würde, so sei dies doch zweifelhaft bei dem Besitzsteuergesetz. Wahrscheinlich stimmten die Konservativen, die Polen und verschiedene Zentrumsmitglieder gegen die Besitzsteuern, sodaß sie dann abgelehnt werden würden. Dann seien zwei Möglichkeiten gegeben: entweder Auflösung des Reichstages oder Vertagung der Steuerfrage bis zum Herbst. Gewiß würde jeder an sich gern zu Reichstagswahlen ins Feld ziehen. Aber unsere Kampfesbedingungen würden dann doch sehr ungünstig sein. Man könne uns mit Recht entgegenhalten, daß gerade wir direkte Reichssteuern zu Fall gebracht hätten, während wir sonst immer direkte Steuern gefordert hätten. Wahrscheinlich werde die Fraktion auch einen nennenswerten Mandatsverlust erleiden, was angesichts der bevorstehenden Revision des Zolltarifs von besonderem Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse sein würde." Erfolge aber keine Auflösung, so würde die Regierung im Herbst neue Steuervorlagen einbringen. Da dann aber nicht mehr die Pression der Wehrvorlage hinter der Regierung und den bürgerlichen Parteien stehe, so sei nicht daran zu denken, daß man wieder direkte Steuern wie diesen Mal vorgeschlagen werden würden. „Wir würden also neue indirekte Steuern verhindern, wenn wir jetzt den direkten zustimmten. Der Verwendungszweck könne nicht in Frage kommen."

Von der Gegenseite wurde demgegenüber verlangt, daß die Fraktion gegen beide Gesetze stimmen solle. „Diese Genossen bildeten in der Begründung ihrer Forderung zwei Gruppen. Die eine Gruppe erkannte an, daß wir für Besitzsteuern stimmen können, wenn die Militärvorlage ohne Rücksicht auf die später zur Deckung der Ausgaben zu beschließende besondere Art der Steuern bereits angenommen worden ist, die Zustimmung zu einer bestimmten Steuer in einer Weise den bürgerlichen Parteien die Annahme der Militärvorlage erleichtern kann, und daher für uns nur die Entscheidung über eine mehr oder weniger ungünstige Steuer in Betracht kommt. Wir müssen in diesem Zusammenhange der Dinge gegen die Besitzsteuern stimmen, um nicht mitzuhelfen, die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage zu schaffen. Die zweite Gruppe berief sich auf den alten Grundsatz der Partei: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der Verwendungszweck sei die Hauptsache. Eine dritte Gruppe schloß sich im wesentlichen diesen Argumenten an. Dagegen wollte sie nicht Ablehnung der beiden Gesetze, sondern hächstens Ablehnung des Wehrbeitrages, sonst aber Stimmenthaltung. — Die Fraktion schloß sich mit 52 gegen 37 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen den Argumenten der ersten Gruppe an. Als am nächsten Tage von einem Teile der Fraktion eine nochmalige Erörterung der Frage und nötigenfalls auch eine nochmalige Abstimmung verlangt wurde, lehnte die Mehrheit der Fraktion diese Anregung nach einer lebhaften Debatte ab und bekräftigte dadurch noch eminent ihre Abstimmung vom Tage zuvor. Einmütig war die Fraktion der Ansicht, daß die unterlegene Minderheit sich dem Mehrheitsvotum zu fügen habe, daß also nicht ein Teil der Fraktion anders stimmen, oder auch nur der Abstimmung fernbleiben dürfe."

* * *

Keiner sehr willigen Zustimmung in der Presse hatte sich die Richtung zu erfreuen, in der die Verhandlungen der Generalversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen zu Breslau sich bewegten. Es wird hervorgehoben, daß man sich nicht immer auf dem Boden des den Krankenkassen zugewiesenen Gebiets unserer Sozialversicherung gehalten habe, sondern verschiedentlich darüber hinausgegangen sei. Dabei wären in einzelnen Vorträgen Behauptungen aufgestellt und Ausführungen gemacht worden, die nicht unwidersprochen bleiben sollten, und zwar ebensowohl im Interesse einer ruhigen Fortführung unserer Sozialversicherung, wie auch der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den an ihrer Durchführung beteiligten Bevölkerungskreisen, insbesondere zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum. Diesem sozialen Frieden hätten, so schreibt die „Kölnische Zeitung", verschiedene Ausführungen des Zentralarbeitersekretärs der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sicherlich nicht gedient. „Er hat zunächst ganz allgemein von einer Wühlarbeit der deutschen Unternehmer gegen die Sozialversicherung gesprochen. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist er allerdings schuldig geblieben. Er kann ihn auch schlechterdings nicht führen, denn in Wirklichkeit ist eine solche Wühlarbeit der deutschen Unternehmer gegen die Sozialversicherung nicht vorhanden. Es mag gewiß grundsätzliche Gegner dieser Versicherung unter den Unternehmern geben, sie sind aber ebenso gewiß in der Minderheit und ohne irgendwelchen Einfluß. Eine von ihnen geleistete Wühlarbeit müßte auch völlig wirkungslos verpuffen, einerseits daran, daß an der längst eingebürgerten Versicherungsgesetzgebung nun einmal nicht mehr zu rütteln ist, dann aber vor allem auch daran, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Unternehmertums auf dem Boden unserer Sozialversicherung steht und an deren Durchführung unablässig und tatkräftig mitarbeitet. Es ist darum auch ein ganz haltloser Vorwurf, wenn in Breslau gesagt wurde, die angebliche Wühlarbeit der deutschen Unternehmer gegen die Sozialversicherung sei ein Hemmschuh für die Einführung der Arbeiterversicherung in andern Ländern. Denn so hirnverbrannt wird selbst der versicherungsfeindlichste deutsche Unternehmer niemals sein, daß er der Einführung der Arbeiterversicherung in andern Ländern entgegenwirkt. Hat doch im Gegenteil das deutsche Unternehmertum das allergrößte Interesse daran, daß die Arbeiterversicherung in demselben, oder doch in ähnlichem Umfang wie in Deutschland auch in andern Ländern eingeführt wird, damit auch die fremden Länder bei der Berechnung der Gestehungskosten ihrer Industrie mit ähnlichen sozialen Lasten zu rechnen haben, wie das in Deutschland der Fall ist." — Die Abwehr des rheinischen Blattes wendet sich dann noch gegen den in Breslau erhobenen Vorwurf, daß der Zentralverband Deutscher Industrieller unter die Gegner der Sozialversicherung gehöre. Wenn aus den Reihen der Vertreter des Zentralverbandes unlängst eine Mahnung zur Vorsicht in bezug auf die Uebernahme noch weiterer Lasten erscholl, so sei dies weder unberechtigt noch andererseits versicherungsfeindlich gewesen. Habe doch der Zentralverband selbst an dem Zustandekommen der Versicherungsgesetze in erheblichem Maße mitgearbeitet.

Wenig erfreulich für die Mitglieder der Ortskrankenkassen waren die Aussichten auf Fortsetzung der gespannten Beziehungen zwischen Kassen und Aerzteschaft. Treten mit dem 1. Januar 1914 die neuen Bestimmungen der im Herbst 1911 reviderten Krankenversicherung in Kraft, so wird durch sie der Kreis der Versicherungspflichtigen und Versicherungsberechtigten wesentlich erweitert. Den Krankenkassen erwachsen daraus neue Pflichten und Lasten, den Aerzten verengert sich aufs neue der in den letzten Jahren schon stark beschränkte Kreis der Privatpraxis. So entsteht auf beiden Seiten das Bedürfnis, bis zum 1. Januar neue Verträge zwischen Kassenvorständen und Kassenärzten zustande zu bringen, die den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Die Kassen klagen, daß sie bei erhöhten Forderungen der Aerzte fortgesetzt die Beiträge der Mitglieder steigern müßten und schließlich doch nicht auskommen könnten; die Aerzte aber, daß die bisher zugestandenen Bedingungen vielfach standesunwürdig seien und ihre Existenz gefährdeten. Wie die Ortskrankenkassen in ihrem Hauptverband, so haben die Aerzte in dem „Leipziger Verband" eine starke geschlossene Vertretung. Seit Jahr und Tag stehen sich die Vorstände und Vorsitzführer erbittert gegenüber. Zahlreiche gemeinsame Konferenzen im Reichsamt des Innern haben keine Einigung herbeiführen können. Auch der Versuch, die widerstreitenden Interessen gleich bei der Reform der Krankenversicherung durch entsprechende Gesetzesvorschriften auszugleichen, ist gescheitert. Nun rückt der Tag der Entscheidung immer näher heran, und die Breslauer Tagung der Ortskrankenkassen stellte einen letzten Versuch dar, die Forderungen der Kassenvorstände vor aller Oeffentlichkeit noch einmal zusammenzufassen und die Grenzen des Entgegenkommens von dieser Seite genau abzustecken. Die Aerzte des Leipziger Verbandes haben ihrerseits daselbe bereits früher auf ihren Verbandstagen getan. Vermöge des somit durch die Breslauer Beschlüsse des Ortskrankenkassenverbandes abermals formulierten Gegensatzes ist die Aussicht auf Verständigung leider nicht gewachsen, und eine abermalige Erörterung im „Schmidtschen Merkur" hält das von den Interessenten erhoffte Eingreifen der Gesetzgebung für kaum noch möglich. Habe doch auch der Staatssekretär des Innern bereits durch Erlaß an die Verwaltungsbehörden mitgeteilt, daß neue Bundesratsentschließungen nicht zu erwarten seien, sondern daß vielmehr nach § 370 der Reichsversicherungsordnung den Kassen das Recht zugestanden werden soll, im Falle der Nichteinigung mit den Aerzten ihren Mitgliedern durch Barzahlung bestimmter Arztkosten eine ärztliche Behandlung zu sichern. Das bedeutet für die Kassen einen vorläufigen Notbehelf, der natürlich auf die Dauer alle beteiligten Parteien nicht befriedigen kann. Die Breslauer Verhandlungen stellten außerdem noch als Kampfesmittel Verträge mit ausländischen Aerzten und in Ausnahmefällen Bonkattierung widerstrebender Aerzte durch ihre Privatpatienten in Aussicht. Aber das alles schrecke die einheitlich organisierte Aerzteschaft des Leipziger Verbandes nicht allzusehr; der Kampf werde, menschlicher Voraussicht nach, in weiter Ausdehnung unvermeidlich sein. Daß er nicht bis zum „Weißbluten" durchgeführt werde, sei ein berechtigter Wunsch nicht nur der Millionen Versicherten, sondern des ganzen deutschen Volkes.

* * *

In den deutschen Seehäfen schwelt der Werftarbeiterstreik weiter; es hat sich eben gezeigt, daß die jüngsten Erfahrungen den Werften alles andere nahelegen mußten als ein direktes oder indirektes Vertrauensvotum an die Streikenden. Da jedoch die Holzarbeiter es auf sich nahmen, ihre Wiedereinstellung durch den Arbeitsnachweis abzuleihen, so sind diese Vermittlungsstellen überhaupt geschlossen und so die Verhältnisse auf den alten Stand gesetzt worden. Die „Weser-Zeitung" leitet die unerfreuliche Wendung der Dinge in folgender Weise her: Es waren die Metallarbeiter, von denen die sog. wilden Streiks ausgingen, die dann zum Abbruch der Verhandlungen um Lohnaufbesserung führten. „Bekannt ist, wie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes durch ihren Beschluß die absolute Beendigung des Streiks angeordnet, und wie sich die Arbeiterschaft dieses Verbandes nach einigem Widerstreben diesem Beschlusse ihrer höchsten Instanz auch gefügt hat. Mit dem Holzarbeiterverband haben die Dinge anders gelegen. Seine auf den Werften tätigen Mitglieder haben die Streiks zwar mitgemacht — vermutlich hätten sie sonst auch schließlich ausgeperrt werden müssen —, aber sie sind damit erst vorgegangen, nachdem sie sich mit ihrer Organisationsleitung darüber ins Einvernehmen gesetzt hatten. Die Holzarbeiter führten also keinen wilden Streik, erhielten ihre regelrechten Streikunterstützungen und waren auch nicht durch einen Generalversammlungsbeschluß gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie betrachteten die Maßnahme der Werften, wonach jeder Mann vor seiner Wiedereinstellung den Arbeitsnachweis zu passieren hatte, als eine Folge des Vorgehens der Metallarbeiter, in das sie, die Holzarbeiter, mit hineingezogen worden waren. Deshalb glaubten sie für sich eine Ausnahme von dem Zwange der Benutzung der Arbeitsnachweise beanspruchen zu können. Anderseits hatte es in dem Verlaufe des Kampfes wiederholt Streitigkeiten zwischen den beiden Verbänden gegeben, denen man es wohl im übrigen zuzuschreiben hat, daß das Mitlaufen der Holzarbeiter mit dem Metallarbeiterverbande nun gerade in einem so entscheidenden Augenblick, vor dem Arbeitsnachweis, ein Ende gefunden hat. Für die Arbeitgeber der Gruppe deutscher Seeschiffswerften konnten selbstverständlich die geschilderten unterschiedlichen Umstände, unter denen die Arbeiterorganisationen streiften, einen Anlaß dazu, auch einen Unterschied in ihrer Behandlung bei der Wiedereinstellung zu machen, nicht bieten. Hatte doch die gesamte Arbeiterschaft den Streik, mit dessen Vermeidung bei geordnetem Fortgang der noch gar nicht abgebrochenen Verhandlungen gerechnet werden konnte, direkt vom Zaune gebrochen, und wäre doch nichts so sehr geeignet gewesen, ihn noch gehörig sich in die Länge ziehen zu lassen, wenn man bei Wiedereinstellung dieser Arbeitergruppe etwas zugestanden hätte, was einer andern versagt worden wäre. Dann hätte die Arbeiterschaft sicher laut ihre Solidarität betont und nach gleichem Rechte für alle geschrien. So aber — und das muß als springender Punkt bei der ganzen Sache mit angesehen werden — ist der in dieser schweren Zeit mit Ernst und Ruhe streng bewahrten Solidarität der Arbeitgeber gegenüber die Solidarität der Arbeiter kläglich in die Brüche gegangen. Denn die Holzarbeiter kämpfen mit ihrer Haltung nicht so sehr gegen die Werftleitungen als gegen die Metallarbeiter, die die Arbeit wieder aufnehmen sollten und auch wollten, die sie aber nun in ihrer weit überwiegenden Mehrheit nicht wieder aufnehmen können und sich noch ein wenig länger mit der kläglichen Streikunterstützung durchschlagen müssen." Mit dem Gewerkschaftskartell, mit dem man in Fällen, wo die einzelne Gewerkschaft sich nicht stark genug fühlte, den Werften zu Leibe zu gehen pflegte, scheine es also vorläufig vorbei zu sein.

Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel.

Die Adrianopeler Abordnung.

Berlin, 23. August. Im Auswärtigen Amt empfing gestern der Dirigent der politischen Abteilung Herr von Stumm die türkische Deputation aus Adrianopel und nahm deren Darlegungen sowie eine schriftliche Aufzeichnung entgegen, die er dem Staatssekretär zur Kenntnis bringen zu wollen erklärte. Nach einer Unterhaltung mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation verabschiedeten sich die Herren von Stumm.

Bulgarien und die Türkei.

Sofia, 23. August. Nach amtlicher Mitteilung sind reguläre türkische Truppen in Kirdjali dicht an der Grenze Mitbulgariens eingefallen. Die dortige Bevölkerung ist panikartig ins Innere des Landes geflüchtet. Die Regierung hat einen dringenden Protestschritt bei den Großmächten unternommen.

Konstantinopel, 22. August. Der „Tanin" erfährt, daß Stadt und Hafen von Dedeagatch von den Griechen geräumt, jedoch von den Bulgaren noch nicht wieder besetzt worden sind. — Der Finanzminister ist ermächtigt, in das laufende Budget einen außerordentlichen Kredit von 2 779 000 Pfund zum Ankauf neuer Kriegsmunition einzustellen.

Um Adrianopel.

Konstantinopel, 22. August. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In informierten politischen Kreisen verlautet, daß zwischen der Türkei und Bulgarien vertrauliche Vorbesprechungen zur Regelung der Adrianopeler Frage stattfinden.

London, 22. August. Wie das Reuterische Bureau erfährt, ist in London über die Annahme eines endgültigen Vorschlages betreffend Adrianopel durch die Großmächte nichts bekannt. Dennoch wird das in Wien verbreitete Gerücht, daß die Uebereinstimmung einer Kollektivnote der Mächte in Konstantinopel nahe bevorstehe, als den Tatsachen vorauseilend angesehen. Man ist der Ansicht, daß durch die von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung gegebenen Zusicherungen die brennende Frage hinsichtlich des Gebiets am rechten Ufer der Maritza ausgeschaltet ist. Zugnischen gehen die Verhandlungen über Adrianopel weiter, und man hofft, daß sie demnächst zu einem festumrissenen Vorschlage führen werden.

Griechen und Bulgaren.

Athen, 22. August. Die griechischen und die muselmanischen Einwohner von Gümildschina haben durch Vermittlung des Metropoliten von Saloniki die Staatsoberhäupter der sechs europäischen Großmächte in einer Adresse gebeten, dafür Sorge tragen zu wollen, daß ihre Stadt nicht unter bulgarische Herrschaft zurückkehre, andernfalls würden sich die Einwohner genötigt sehen, ihre Wohnstätten zu zerstören und auszuwandern.

Athen, 23. August. Wie aus Salonikі gemeldet wird, ist die Stadt Gümildschina gestern den bulgarischen Truppen durch die griechischen Behörden nach Unterzeichnung eines Protokolls übergeben worden. Ferner erschienen bulgarische Truppen vor Xanthi. Die griechischen Behörden wollten die Stadt auf Grund der Unterzeichnung eines regelrechten Protokolls übergeben. Die Bulgaren verweigerten aber die Unterzeichnung des Protokolls.

Die Haltung Rußlands.

Rom, 22. August. Ein Vertreter des „Giornale d'Italia" hatte eine Unterredung mit dem russischen Botschafter Krupenski. Krupenski erklärte: Es ist verfrüht, eine militärische Aktion Rußlands gegen die Türkei anzunehmen. Rußland ist gegenwärtig zu einem friedlichen, aber sehr energischen Vorgehen gegen die Türkei entschlossen, um sie dazu zu bringen, den Londoner Vertrag zu respektieren. Es ist fest entschlossen, diesem Vertrag Achtung zu verschaffen, hat indessen den aufrichtigen Wunsch, den europäischen Frieden nicht zu stören. Der finanzielle Boykott gegen die Türkei könnte sehr wirksam sein. Die Mächte seien alle darüber vollkommen einig, daß man versuchen müsse, schwere internationale Verwicklungen aus Anlaß der türkisch-bulgarischen Frage zu vermeiden. Die Pforte werde sich von diesem Wunsche Rechenschaft geben.

Krupenski hält die Adrianopeler Frage augenblicklich für nicht so schwerwiegend, wie es allgemein geschieht; aber er glaubt nicht an eine endgültige Lösung der türkisch-bulgarischen Frage, ob nun Adrianopel der Türkei oder Bulgarien verbleibe. Man habe bisher nur den ersten Akt der Balkantragödie sich abspielen sehen; die heutigen Vorgänge seien ein bloßer Zwischenakt. Schwerer noch als die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Türkei und Bulgarien seien diejenigen zwischen den ehemaligen Verbündeten; besonders der griechisch-bulgarische Streit um Kavala könne einen sehr großen Umfang annehmen. Bulgarien sei eine wirklich starke Nation mit lebhaftem kriegerischen Geiste, mit starkem Patriotismus und soliden militärischen Einrichtungen; es könne sich sehr bald aus der augenblicklichen Krisis wieder erheben und sei zu einer großen Zukunft unter den Balkanvölkern bestimmt. Der Bukarester Friede werde die Lage für den Augenblick konsolidieren. Krupenski erklärte, er hielte die Nachrichten über bulgarische Grausamkeiten für übertrieben. Auf die Bemerkung des Interviewers, daß die Türkei geneigt sein solle, Bulgarien den Krieg zu erklären, erwiderte er, wenn man in Konstantinopel dazu entschlossen wäre, so würde Rußland seinerseits der Türkei den Krieg erklären, das sei sicher. Rußland habe jedoch den guten Willen, den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen, aber mit Energie.

Die albanische Frage.

Vallombrosa, 22. August. Der albanische Minister des Aeußern Mufid Bei und der Justizminister Poga Bei sind hier eingetroffen, ebenso der Generalsekretär im Ministerium des Aeußern Demartino. Bald nach ihrer Ankunft hielten sie eine lange Konferenz mit dem Minister des Aeußern di San Giuliano ab, der ihnen heute abend ein Diner gibt. Mufid Bei und Poga Bei werden morgen vormittag nach Rom und Wien abreisen.

Der Bukarester Friedensvertrag.

Sofia, 22. August. Ein Spezialkurier ist mit dem ratifizierten Friedensvertrag nach Bukarest abgereist.